Datum:	**28. Juli 2021**
Medium:	**Kleine Zeitung**
Thema:	**Trägerorganisationen fordern Pflegegipfel**

Trägerorganisationen fordern Pflegegipfel

Die für den Pflegebereich zuständigen Arbeitgeberverbände, Dach- und Berufsverbände sowie die Trägerorganisationen und Arbeitnehmervertretungen haben die Regierung in einem ungewohnt breiten Bündnis zu ernsthaften Reformschritten und der Einberufung eines Pflegegipfels aufgefordert. Die Herausforderungen müssten "beherzt und kraftvoll" in Angriff genommen werden, heißt es in einem am Mittwoch veröffentlichten Offenen Brief "an die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung".

21.41 Uhr, 28. Juli 2021

Die Mitarbeiter in diesem Bereich, die beteiligten Organisationen und insbesondere die Betroffenen und ihre Angehörigen hätten es sich verdient, "dass man sich dieses Themas seitens der politisch Verantwortlichen endlich ernsthaft annimmt", heißt es in dem Schreiben. Es könne nicht sein, dass das Thema Pflege nur in der Krise Beachtung findet "und dann wieder aus dem politischen Diskurs verschwindet".

"Eine adäquate Versorgung ist ohne entschlossene Maßnahmen in Zukunft nicht aufrecht zu erhalten!", mahnt das Bündnis. Unterzeichnet wurde der Brief nicht nur von den Vorsitzenden der großen Hilfsorganisationen Caritas, Diakonie, Hilfswerk, Rotes Kreuz und Volkshilfe, sondern auch vom Dachverband Wiener Sozialeinrichtungen, dem Bundesverband Lebenswelt Heim sowie dem Gesundheits- und Krankenpflegeverband. Auch die AK Wien, der Fachgruppenvereinigung für Gesundheits-und Sozialberufe im ÖGB, die Gesundheitsgewerkschaft (GÖD) sowie auf der Arbeitgeberseite die Sozialwirtschaft Österreich unterstützten das Schreiben.

Man erwarte einen "strukturierten, zielgerichteten (!) Prozess unter ernsthafter und nicht bloß oberflächlicher Einbindung der wichtigsten in diesem Thema verantwortlich tätigen Stakeholder", heißt es in den Forderungen an die Regierung. "Dabei soll es um gemeinsame zielorientierte Arbeit an Lösungen gehen und weniger darum, über Beteiligungsplattformen ungeordnet Ideen einzuspeisen."

Gefordert wird auch ein Pflegegipfel: Dieser dürfe jedoch nicht mit einer Pressekonferenz beginnen, sondern dessen Ergebnisse sollten "nach seinem Stattfinden verkündet werden, bei dem Schwerpunkte festgelegt, Priorisierungen vorgenommen, Arbeitsaufträge vereinbart und ein Stufenplan für die Umsetzung entwickelt werden".

Der "größte und dringlichste Handlungsbedarf" bestehe in der Gewinnung und Bindung von ausreichend qualifiziertem Personal, so die Unterzeichner. Es gehe dabei einerseits um die Sicherstellung einer adäquaten flächendeckenden Versorgung, andererseits darum, die Belastungen der schon in diesem Bereich Tätigen zu reduzieren. Man müsse die Weichen jetzt stellen, da es bei der Ausbildung einen jahrelangen Vorlauf gebe. Auch müsse die Finanzierung der Betreuung und Pflege in Österreich "nachhaltig" sichergestellt werden.

Als konkreten nächsten Schritt schlagen die Unterzeichner "einen gemeinsamen Termin mit den verantwortlichen Ressortministern sowie die Behandlung dieser Frage bei der Landeshauptleutekonferenz bzw. der Tagung der Landessozial- und Gesundheitsreferenten" vor. Und es müsse jetzt rasch gehen: "Wir können es im Lichte der Verantwortung für unsere MitarbeiterInnen, KollegInnen und Mitglieder, aber auch für die Menschen, die von uns betreut und gepflegt werden, nicht weiter hinnehmen, ständig vertröstet zu werden", man werde sich "nicht länger hinhalten lassen".

Und auch der Seniorenrat urgierte in Sachen Pflege am Mittwoch einen Termin beim Gesundheitsminister. Mückstein habe bei einem Gespräch Ende Mai einen Termin zur Abstimmung der Pflegereform und zu Vorgesprächen über konkrete Inhalte in Aussicht gestellt, bis dato sei es

aber zu keinem Folgetermin gekommen, bemängelten die beiden Präsidenten des Seniorenrates, Peter Kostelka und Ingrid Korosec. "Wir warten bis heute auf einen Folgetermin", so Korosec. Kostelka wiederum erinnerte den Minister daran, "dass man an den Betroffenen vorbei sicher keine Pflegereform wird machen können: Wir sind gesprächsbereit und erwarten jetzt einen zeitnahen Termin."

Kleine Zeitung
Mittwoch, 12. Mai 2021

Stimmen zur Reform
Kleine-Zeitung-App
kleinezeitung.at

79 Prozent der Pflegebedürftigen in Österreich werden zu Hause betreut, 21 Prozent in Pflegeheimen. Die Betreuung zu Hause erfolgt zum größten Teil durch Angehörige sowie durch mobile Dienste.

1,14 Milliarden Euro an Wertschöpfung generierten laut IHS die 459 Millionen Euro, die 2019 von den Ländern für mobile Dienste wie Hauskrankenpflege und Heimhilfe eingesetzt worden sind.

Übernahme der Ausbildungskosten und eine Unterstützung während der Ausbildung vonnöten. Zusätzlich brauche es auch eine nationale Strategie zur Integration von Pflegekräften aus dem Ausland.

Gerechte Entlohnung. Pflegekräfte sollen künftig nicht nur generell mehr Geld bekommen, auch Gehaltsunterschiede unter den Pflegeberufen gehören ausgebügelt. „Es gibt nach wie vor große Unterschiede in den Bundesländern, je nachdem, ob jemand in einem Pflegeheim oder in der mobilen Pflege arbeitet", sagt Sylvia Gassner von der Gewerkschaft vida. Die Taskforce hat eine gerechte Entlohnung als eines ihrer Ziele definiert. Konkrete Pläne, die in diese Richtung gehen, fehlen aber bisher.

Stärkung der Pflege zu Hause. Eine zukunftsfähige Pflegereform macht laut Hilfswerk besonders die Stärkung der Pflege zu Hause zum Thema. Schon jetzt werden 79 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause gepflegt, nicht einmal ein Viertel der Investitionen in die Pflege entfällt derzeit aber auf mobile Dienste. Laut Sozialminister Mückstein ist ab Herbst geplant, in Pilotprojekten sogenannte Community Nurses einzusetzen, um älteren Personen sowie deren Angehörigen durch Beratung und Information niederschwellige Unterstützung zu bieten. Gefordert wird auch eine Verbesserung der Einstufungspraxis und der Grundlagen zum Pflegegeld.

Reform als Wirtschaftsturbo. Nicht zuletzt hätten die vielerorts geforderten Investitionen in den Pflegebereich gerade jetzt große volkswirtschaftliche Auswirkungen. „Wir können davon ausgehen, dass ein Euro Investition in die Pflege 1,7 Euro an volkswirtschaftlicher Wertschöpfung sowie 0,7 Euro an Steuern und Sozialversicherung einbringt", sagt Monika Riedel vom Institut für Höhere Studien. Die Mittel würden schließlich überwiegend in Personalkosten und damit in Gehälter fließen, die hauptsächlich für Konsum verwendet würden. „Das führt zu einer massiven Unterstützung der Wirtschaft", sagt Riedel.

Tag der Pflege

Der Tag wird jährlich am 12. Mai begangen. Das Datum geht auf den Geburtstag der britischen Krankenpflegerin Florence Nightingale zurück. Sie gilt als Pionierin der modernen Gesundheits- und Krankenpflege und beeinflusste maßgeblich die Professionalisierung der Pflegeberufe. 2021 steht der Tag der Pflege unter dem Motto: „A Voice to Lead – A Vision for Future Healthcare" (eine leitende Stimme – eine Vision für das Gesundheitswesen der Zukunft).